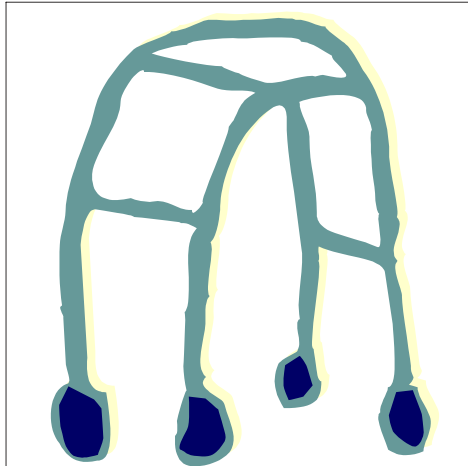


Wem nutzt eine weitere Absenkung des Regelsatzes ?

Wer ist hier Sozialschmarotzer ? Ist das nicht eher derjenige clevere Geschäftemacher, der die Ein-Euro-Job-Einrichtungen betreibt, der die zur Förderung Erwerbsloser vorgesehenen Steuergelder abgreift ? *“Die Erwerbslosen sollen sich doch gefälligst ihren Regelsatz von 345,-€ verdienen, erarbeiten ! Bekommen sie doch Miete und vieles mehr”*, so die vielgehörte Meinung derer, die noch nicht zu dem Heer von über 6 Millionen Arbeitssuchenden gehören. **Wie gut geht es den Betroffenen in Wirklichkeit ?** Ein Blick auf die Regelsatz-Tabelle zeigt, dass die prozentuale Aufteilung zu den Lebenshaltungsbereichen überhaupt nicht der Realität entspricht. Während in den 70er-Jahren zur Ermittlung dieser Verbrauchs-Preise noch der Neckermann-Katalog als “Referenz” hinzugezogen wurde, ist seither keine Regelsatzanpassung



Gehhilfe bzw. Rollator als Maßstab für einen neuen “Warenkorb” ?

zur heutigen Lebenswirklichkeit erfolgt. Im Gegenteil: Der neue, so genannte Warenkorb, wenn wir mit einem symbolischen Einkaufswagen vergleichen, entspricht heute von der

Füllmenge her eher der Ablage einer Gehhilfe bzw. eines Rollators. Abermals haben, so ist zu vermuten, gut versorgte “Gefälligkeits-Gutachter” geholfen. Mit “wissenschaftlichen Methoden” wurde das Einkaufsverhalten in Armut geratener Frauen, alle über 60 Jahre alt, zur Grundlage des Lebensbedarfes auch für junge Menschen erklärt. Warum diese Frauen ? Armut ist bekanntlich weiblich. Die Armut der älteren Frauen, die wohlmöglich im und nach dem Kriege und als “Trümmerfrauen” aus dem Nichts (Über-)Lebensmittel schufen, jetzt als ein Maßstab für die Menschen, die dringend Arbeitsplätze suchen ? Menschenverachtende Zyniker, die das verbürgte Recht auf menschenwürdiges Leben verhöhnen, ständig tricksen, um die Höhe des Regelsatzes zu senken, regelmäßig eigene Diäten und Vorstands-Bezüge erhöhen. Mehr Seite 4

SGB II - “Ermächtigungs-Paragrafen” für den Arbeitsminister ?

“Das alles, und noch viel mehr, würd’ ich machen, wenn ich König von Deutschland wär”, ein Song des unvergessenen Rio Reiser. Die Wirklichkeit: **Das Kapital** ist als ein viel schlimmerer Despot salonfähig

gemacht. Mahnung Bertolt Brechts: *“Unsichtbar macht sich das Verbrechen, indem es große Ausmaße annimmt”*, gilt gerade heute. Im Schatten der oft gruseligen Sommerloch-Rufe werden bewährte, frei-

heitlich demokratische Gesetzenormen gekippt, heimlich still und leise alle Mitsprachemöglichkeiten der Bürger eingeschränkt. Im SGB sind Ermächtigungen für den Minister für Arbeit und Soziales. Mehr Seite 3

Mein @lpraum ?

Die “schöne neue Welt” Behördenwillkür, wenn aufgedeckt, passiert angeblich immer nur “in Einzelfällen” ? Noch sind Rechte gegeben, die ARGEN und JobCentern Kontrolle auferlegen. Was, wenn Aufklärung abermals unter Strafe gestellt wird ?

Dein @lpraum ?

Merkst Du noch etwas ? Schleichend werden alle Deine Bürgerrechte weg reformiert. Du wirst, wenn Du weiter so passiv bleibst, nie wieder Deine Welt und die Welt Deiner Kinder mitgestalten können. Noch ist es nicht ganz zu spät. Wach auf !

Sein @lpraum ?

Machtverlust. Der gemeine Politiker erlangt nur dann Macht, wenn unaufrichtiges Handeln, nur im eigenen Interesse bzw. im Interesse seiner Günstlinge, NICHT an das Licht der Öffentlichkeit dringt. @lpraum stellt die notwendige Öffentlichkeit her.

Direkt oder indirekt betroffen ? - Erwerbslos ? - ALG-II- oder Sozialgeldempfänger ? Zu Risiken und Nebenwirkungen empfehlen wir den solidarischen Zusammenschluss, Aufnahme des Kampfes in Gruppen, in denen sich Gleichgesinnte bereits zusammengeschlossen haben. **Kontakte siehe letzte Seite**

@lpraum - eine kostenlose Zeitung der Projektgruppe gegen die Agenda 2010

Treffen jeweils nach Absprachen

MitstreiterInnen sind herzlich willkommen !

www.alpraum.org - info@gegen-sozialabbau.de

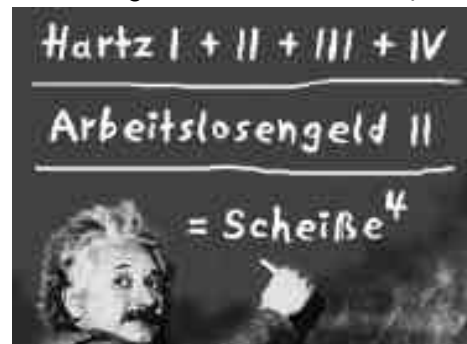


Prof. Peter Grottian: Gastredner bei Eröffnungsfeier des KDA

Es ist geschafft: Der kirchliche Dienst in der Arbeitswelt, KDA, sowie das Arbeitslosenzentrum, ALZ, sind umgezogen. Die neuen Räume, An der Christuskirche 15, wurden am 19. Sept. mit einem feierlichen Eröffnungsakt eingeweiht. Nach den einführenden Lobpreisungen über kirchliche Wohltaten, überwiegend der Vergangenheit zuzuordnen, kam Gastredner Professor Peter Grottian aus Berlin zu dem Schluss, dass in der Gegenwart und speziell auch aus dem Wirken des *kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt Hannover*, kaum noch Proteste gegen den fortwährenden Sozialabbau zu vernehmen seien. Prof. Grottian erhielt von den wenigen anwesenden von Hartz-IV-Betroffenen großen Zuspruch. Die geladenen Honoratioren waren ob der relativ harmlosen Kritik doch arg verärgert. Nach Eröffnung des Buffets fand sich aus diesen Kreisen niemand, der mit dem Gast aus

Berlin plaudern mochte. Zum Zeitpunkt seiner Rede wusste Peter Grottian noch nicht, dass es sich bei den Ausschank-Hilfskräften um angemietete Ein-Euro-Kräfte handelte. Auch die Hannoversche "creme de la creme", die hohen Vertreter/innen aus Kirche, Rathaus und Gewerkschaftsführung, nahmen keinen Anstoß daran. Nicht der designierte SPD-Oberbürgermeister Stephan Weil, auch nicht der Chef des DGB Hannover-Mitte, Sebastian Wertmüller. Nicht nur diese beiden, haben sich bereits als Befürworter von Ein-Euro-Job-Maßnahmen ausgesprochen. KDA-Gastgeber Karl-Heinz Friebe ist Mitglied im ARGE-Beirat der Region, besetzt den für Erwerbsloseninitiativen vorgesehenen Platz im Beirat. Dem KDA sind regelmäßig zig Ein-Euro-Jobber zugewiesen. Darum wird die Sozialberatung im Hause des KDA von der Redaktion @lptraum sehr

kritisch gesehen, auch wenn wir die Mitglieder der Beratungsteams als sehr kompetent einschätzen. Unser besonderer Dank geht an Gastgeberin Gerda Egbers, die mit Engagement mit uns im "Sozialbündnis Hannover" den Kampf um Mobilität für Geringverdiener führt. (HaDe)



Albert 1stein im Oktober

"Ich bin nicht sicher, mit welchen Waffen der dritte Weltkrieg ausgetragen wird, aber im vierten Weltkrieg werden sie mit Stöcken und Steinen kämpfen."

(Albert Einstein 1879-1955)

Sozialticket: Verkehrsausschuss sieht keinen Handlungsbedarf

Aus der Sitzung des Verkehrsausschuss der Region wurde in der Einwohnerfragestunde am 12.09.2006 auf Bürgeranfrage erklärt, dass es zu einem Sozialtarif im ÖPNV keinen Handlungsbedarf gäbe. Dieses, im wahrsten Sinne des Wortes, aus privilegiertem Munde. Die Mitarbeiter der Region sind schließlich schon mit "eigenen Sozialtickets" und noch viel mehr versorgt. Damit auch niemand eine Inanspruchnahme dieser Privilegien "versäumt", gibt es in der

Hauszeitung "TeAmTImE" eine regelmäßige Rubrik, die "Tipps zum Überleben" beschreibt. Kaum zu glauben, dieses Kapitel auf der letzten Seite titelt tatsächlich mit: "Tipps zum Überleben". Wir berichteten bereits in @lptraum Okt. 05 darüber: Tipps zum Überleben, zum Erhalt von GVH-Fahrkarten beim Pförtner, wichtige Hinweise zur Anforderung von Dienstwagen plus Chauffeur, dort nachzulesen. Somit nur folgerichtig, es besteht kein Handlungsbedarf dieser Selbstversorger,

die vorgeben, dass Volk zu vertreten. Dem Sozialbündnis Hannover war vor der Kommunalwahl von ROT und Grün zugesagt, das Thema nach der Wahl gemeinschaftlich positiv anzugehen. Wir werden unsere Forderung nach Mobilität für Geringverdiener weiter aufrecht erhalten, freuen uns sehr, dass auch Professor Peter Grottian aus Berlin für seinen Arbeitskreis "Recht auf Mobilität" als Mitunterstützer seine Unterschrift gab. Für uns Betroffene gibt es weiterhin Handlungsbedarf! (Erst)

Sozialticket - über 1.600 Unterschriften sind bereits ausgezählt



Kein "Herbstloch" zur Forderung nach einem Sozialpass! Wir sind weiterhin mit Aktionen wie "Solidarische Fahrbegleitung" oder

der Verlosung von GVH-Tagestickets per Glücksrad dabei, Unterstützer-Unterschriften zu sammeln. Der Arbeitskreis Arbeitslose Linden trägt freundlicherweise die Glücksrad-Aktion vor den JobCentern mit, hilft bei der

Organisation und Realisierung. DGB, ver.di und KDA sind mit Glücksrad bzw. mit Spenden zu Preisen/Trostpreisen dabei. Auch Ihr könnt Euch einbringen. Termine zu den Treffen der beteiligten Gruppen, Flugblätter beachten! (Alp)

Impressum:

"ALP-Traum" ist ein kostenloses Arbeitslosen-Zeitungsprojekt der Projektgruppe "Agenda 2010 kippen" Hannover
Beiträge: Erwin Stefaniuk (ErSt), Tel. 45 66 13, Heinz-Dieter Grube (HaDe), Tel. 34 21 21, mobil 0151 / 16 56 24 31

@lptraum-Redaktion (Alp) - Fotos / Beiträge / Gastbeiträge: Dolf Mielenhausen (DoMi), Tel. 16 22 361

Druck im Selbstverlag, verantwortlicher Redakteur: Heinz-Dieter Grube, Schützenstr. 12, 30161 Hannover

www.alptraum.org, Tel. 0511 / 34 21 21, Fax 0511 / 34 23 23, Email: info@gegen-sozialabbau.de

@lptraum erscheint monatlich, Auflage: 400 - 2500, ist frei von gewerblichen Anzeigen und Werbung

Spendenkonto: H.- D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparbuch.

Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.

Bei Spendeneinzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papiaerausgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben. Danke.

Impressum:

Nach der Wahl ist vor der Wahl: "Wir fordern weiterhin ein ÖPNV-Sozial-Ticket!"

Hinweis an die JobCenter-Pressestelle: @lptraum berichtet doch !

Pressemitteilung Nr. 39, 19. Sept. 06: Bei der Suche nach einer neuen Beschäftigung entstehen Bewerbern zum Teil hohe Kosten für die Herstellung und Versendung von Bewerbungsunterlagen sowie für Fahrten zu Vorstellungsgesprächen. Bezieher von Arbeitslosengeld II haben aber oft nicht die finanziellen Mittel, diese Kosten selbst zu tragen. Das JobCenter Region Hannover unterstützt Arbeitsuchende bei der Erstellung und Versendung von Bewerbungsunterlagen. So können Kosten für Bewerbungsunterlagen bis zu einem Betrag von 260 Euro jährlich

durch das JobCenter Region Hannover erstattet werden. Selbst Reisekosten für Fahrten zu Vorstellungsgesprächen und Eignungsfeststellungen können vom JobCenter Region Hannover übernommen werden, wenn vor Reiseantritt ein Antrag auf Kostenübernahme gestellt wird. „Wichtig zu wissen ist, dass Arbeitslose diese Leistungen bei ihrem JobCenter beantragen müssen, bevor diese Kosten entstanden sind“, betont Thomas Heidorn, Geschäftsführer der JobCenter Region Hannover. „Über diese Leistungen und weitere mögliche Hilfestellungen



beraten die zuständigen persönlichen Ansprechpartner auch gerne im persönlichen Gespräch". (Quelle: JCdR)

Soweit eine JobCenter-Theorie. - Liegt @lptraum abermals falsch ?

Die Pressemitteilung Nr. 39 vom 19. Sept. 2006 hat @lptraum allein zu Ehren der lieben JobCenter-Pressesprecherin Frau Stefanie Helderemann, im vollen Wortlaut übernommen. Ist damit Ihre mir geäußerte Vorstellung vom Geben und Nehmen in der Pressearbeit erfüllt? Sie gaben, wir nahmen, haben brav 1:1 übernommen. Für das versehentlich eingerutschte, nicht autorisierte Foto vom 1. Sept. 2006 Hannover Brühlstraße, möchten wir uns entschuldigen. Mit dem Hinweis, dass

es bei den JobCentern nicht mehr zu Schlangenbildungen kommen würde, bat auch die Pressestelle der BA Nürnberg, vorproduzierte BA-Bilder zu nehmen. Falls jetzt jedoch mit obiger Schlangen(ab)bildung ein falscher Eindruck entstehen könnte, mea culpa. PM Nr. 39 liest sich, als ob Herr Heidorn, ehemaliger Mitarbeiter des Herrn Pico Jordan, neuerlich sein Portemonnaie wie ein Füllhorn öffnet, Erwerbslose zum persönlichen Gespräch bittet. Dass bei Anforderung einer Erstattung von Reise- und Bewerbungskosten sich

Ihre verehrte Kundschaft sehr häufig verprellt fühlt? Gut dass auch Ihrerseits erwähnt ist, dass erst NACH ANTRAG und NACH Bewilligung vom JobCenter bis zu maximal 260,- Euro im Jahr übernommen werden können. Für die "kleine Vorstellung" jedoch, wenn durchaus auch einmal Eile geboten sein kann, gibt es NICHTS. Fahrkosten erstattet die ARGE erst ab einer Höhe von 6,- Euro. Ausgezahlt wird erst bei Sammlung auf 10,- Euro. Eine Kostenübernahme muss auch dazu vorher bewilligt sein.. (HaDe)

Ermächtigungsgesetze und andere Sauereien ? Nein Danke !

Ermächtigungsgesetze ? Sind wir wieder so weit? Im SGB sind einigen Paragraphen Ermächtigungsklauseln für unseren Minister für Arbeit eingefügt, die Rechtsordnungsänderungen ohne eine Zustimmung des Bundesrates, erlaubt. Mit Unterschriften-Aufruf der Erlanger Höhe wird auch auf die geplante Einführung von Kostenbeteiligung in Höhe 75,- Euro zur Prozesskostenhilfe hingewiesen, auch Sozialgerichte sollen nur noch gegen

Gebühr, ebenfalls 75,- Euro, angerufen werden können. Zusätzlich hebeln die Herren Juristen mit einem durch nichts zu rechtfertigenden neuen Rechtsberatungsgesetz die Selbstverteidigung vor Behörden und Amtsgerichten aus. Sie wollen den § 79 der Zivilprozessordnung zu Fall bringen. **Recht haben und Recht bekommen, in der Bundesrepublik Deutschland schon immer eher eine Frage des Geldbeutels.** Mit den neuen, völlig unnötigen

Gesetzesvorlagen ist die Durchsetzung eigener Rechte für Arme demnächst gar nicht mehr gegeben. Die Gilde der Rechtsanwälte erhält für sich weitere Einnahmequellen, auch dann, wenn sie Parteienverrat betreiben. Nur noch Reiche können sich Anwälte kaufen. Entrechtung der Bevölkerung schreitet weiter voran, so wir sie nicht stoppen. Mehr Infos: www.bohrwurm.net, auch auf www.alptraum.org zu finden. **Wehret den Anfängen !** (Alp)



Wer hilft in Hannover den Hartz-IV-Betroffenen ?

ASG, Walter-Ballhause-Str. 4	Termin vereinbaren, 44 24 21
ALZ, An der Christuskirche 15	Termin vereinbaren, 167 686-0
IG Metall, Postkamp 12	Termin vereinbaren, 124 02-45
ver.di, Goseriede 10	Termin vereinbaren, 12 400-0
SoVD, Herschelstr. 31	Termin vereinbaren, 70 14 8-21
SVdK, Rote Reihe 15	Termin vereinbaren, 1 31 72 20
Ombudsmann e.V., im FZH Stöcken	Telefon, demnächst im Alptraum

Zu Risiken und Nebenwirkungen: Erwerbsloseninitiativen befragen !
Die "freien" Beratungsstellen sind finanziell und politisch unter Druck gesetzt, erheben Gebühren. Sie sind oft sogar selbst die Träger von 1-Euro-Job-Zwangseinrichtungen !

Meldet Vorkommnisse mit Ämtern - wir veröffentlichen !

Beim nächsten Amts-Besuch, zum JobCenter, zum Sozialamt oder zum Wohnungsamt, empfiehlt das ArbeitsLösenPresse-Traumteam, einfach Papier und Stift, auch einen Freund oder eine Freundin mitzunehmen, das Erlebte aufzuzeichnen, zu skizzieren. Es werden zu diesen Themen weiterhin kreativ-zornige AutorInnen bzw. Material-

SammlerInnen gesucht !

Greift zu eurer spitzen Feder !

Falls Ihr euch selbst als nicht so begabt einstuft, so liefert uns doch bitte gut fundierten Geschichtsstoff, der **den Wahnsinn der neoliberalen Politik** anhand sich tatsächlich zugetragenen Begebenheiten **aufzeigen und entlarven** kann.

Wichtig ist, dass wir uns gegensei-

tig informieren, dass wir den Lügen und der gezielten Desinformation entgegentreten. Wir sind noch nicht ganz sprachlos, stellen Öffentlichkeit auch per Bürgerfunk her. (Alp)

alptraum@radioflora.de



Sozialschmarotzer: Wasser predigen - Champagner saufen ?

Wer ist hier Sozialschmarotzer ? Wohlversorgt durch Diäten, Vorstands- und Aufsichtsrats-Bezüge wird, wie bereits ausgeführt, das Kaufverhalten "der Ärmsten unter den Armen" zu einer Norm für die mitten im Leben stehenden Menschen erklärt. Gleichermaßen für Jung und Alt wird sogar noch weniger als 345,- Euro im Monat als ausreichend propagiert. In Bedarfsgemeinschaften gilt der Regelsatz nur für den so genannten Haushaltsvorstand, für weitere Familienmitglieder ist dieser Anteil bereits erheblich herabgesetzt.

"In der Not frisst der Teufel Fliegen". Erwerbslose hingegen suchen nach Möglichkeiten des nackten Überlebens in Menschenwürde. Der Tipp, sich beim Pfortner eine GVH-Fahrkarte zu holen, gilt leider nur für die Angestellten der Region Hannover. Wenn wir keinen Sozialtarif erreichen, ist aus dem Regelsatz keine vernünftige Mobilität zu bezahlen, verbleibt die Gefahr der Kriminalisierung, da am Ende eines

Monats nur in den seltensten Fällen noch ausreichend Geld für teure GVH-Fahrkarten vorhanden ist. Lust auf Nebenverdienste ? Die Regelungen zu Zuverdiensten verhindern, dass ernsthafte und hilfreiche Nebeneinkünfte angestrebt werden. Bei Zuweisungen zu den Ein-Euro-Jobs werden häufig die angemeldeten Nebentätigkeiten einfach ignoriert. Die Rechtshilfebelehrung auf Seite 2 dieser Zuweisungen, Drohung mit 30% Regelsatzkürzung, erstickt in den meisten Fällen aufkeimenden Widerstand der Betroffenen. Da wir hier über Sozialschmarotzer berichten wollen, wäre dringend zu klären, warum das JobCenter seltenst Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) fördert, fast ausschließlich die Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung (MAE) anbietet. Maßnahmeträger behaupten sogar, das JobCenter würde ihnen nur die MAEs anbieten, ABMs ablehnen. Der Unterschied zwischen beiden Maßnahmen: ABM ist Förderung durch

Zahlung eines Grundlohnes an einen gemeinnützigen Arbeitgeber. Dabei sind Sozialleistungen sowohl vom Arbeitnehmer als vom Arbeitgeber abzuführen. Arbeitnehmer/innen in einer ABM-Maßnahme sind arbeitsrechtlich abgesichert, haben Anspruch auf Lohnfortzahlung bei Krankheit und Urlaub. Die MAEs hingegen sind ein willkommenes Geschenk an die Maßnahmeträger. Völlig rechtlos, ohne Arbeitsvertrag, ohne Lohnfortzahlung, nur gegen Tagelohn bei Anwesenheit zu nur einem Euro je Stunde. Sozialschmarotzer sind die Maßnahmeträger, denn sie erhalten kostenlose Arbeitskraft plus JobCenter-Kopfprämie. Ein lukratives Geschäft, zu der wir als Presse auf unsere Anfragen vom JobCenter keine Auskunft erhalten. Kontrollmechanismen fehlen, auch die Kreishandwerkerschaft Hannover (KHK) bleibt sträflich passiv. **Der Verdacht, auch das JobCenter ist an einem organisierten Sozialschmarotzertum beteiligt, ist nicht entkräftet.** (HaDe)

Jugendgefährdende nightmares im @lptraum - Nur Einzelfälle ?

Es war einmal

..... eine ALG II-Empfängerin. Nach drei Jahren der Erwerbslosigkeit erfuhr sie das unwahrscheinlich große Glück, endlich auch einmal und in einem Weltkonzern mit einer ganzen Halbtagsstelle bedacht zu werden.

Da sie eine brave Bürgerin war, hat sie sich bei allen Ämtern auch wieder als "in Beschäftigung" gemeldet.

Es währte nicht lange, da wurde sie vom JobCenter, ebenso vom Sozialamt, mit diversen Schreiben beehrt.

Mit ihrer Arbeitsaufnahme glaubte sie: *"Toll, jetzt hast du bestimmt keinen Stress mehr mit den Behörden."*

Ihre brave Dienerschaft bei diesem Weltkonzern währte gerade drei Wochen, da erhielt sie die Kunde, dass der Konzern nach insgesamt acht Wochen Tätigkeit dann doch wieder auf

ihre Mitarbeit verzichten möchte.

Leider interessierte dies die Ämter, die selbstverständlich rechtzeitig über die Kündigung informiert wurden, "nicht die Bohne." Zu vermuten, dass dieses Gemüse in den Ohren, zusätzlich auch noch Tomaten auf den Augen der Amtsschimmelreiter vorzufinden waren. Das JobCenter behauptete nämlich, dass die Arbeitsaufnahme zu spät angekündigt war. Somit wollte das Amt "überbezahltes Geld" wieder haben, schickte einen Anhörungsbogen, forderte einen Rückzahlungsvorschlag. Da im Märchen wie im echten Leben ein Unglück selten allein eintritt, forderte auch das Sozialamt zeitgleich eine vor Hartz IV übernommene Mietkaution zurück, die Betroffene würde jetzt mit der Arbeitsaufnahme Reichtümer anhäufen, müsse unverzüglich den gewährten

Kredit zurückzahlen.

Die ALG II-Empfängerin war sehr wütend und auch sehr verängstigt.

Da das Märchen von den Einzelfällen gelogen ist, konnte ihr eine andere, auch bereits aktiv gewordene ALG II-Empfängerin zumindest Tipp geben, Widerspruch einzulegen, sich auch Rechtsbeistand bei der Gewerkschaft zu holen, so Mitgliedschaft besteht.

Die Rückzahlung der Mietkaution ist mittlerweile gestundet, den irrtümlich überbezahlten Betrag darf jedoch das JobCenter in kleinen monatlichen Raten vom ALG II abziehen. Das währet ca. ein Jahr lang. Glücklicherweise, bis an ein Lebensende in Hartz IV, so bitte nicht. Gerne möchte sie eine Beschäftigung aufnehmen, fürchtet, dass sich dann alles noch einmal wiederholen wird.

Auch @lptraum hilft Betroffenen. (Alp)

Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit. Spendenkonto:

H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptrraum zur Verfügung gestelltes Sparbuch. Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich. Bei Spendezahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papieraussgaben Alptrraum, bitte per Email Hinweis geben Danke.



“Spielplatz-Kümmerer” - ein Sozialschmarotzer-Projekt ?

Nur ein Sozialschmarotzer-Projekt ?

Die Verwaltungspauschale, die das JobCenter auszahlt, beträgt für jeden als MAE-Kraft aus der Statistik der BA entfernten Erwerbslosen monatlich mindestens 130,- Euro. Ein “Zuschlag für Bildung” kann zusätzlich abgerufen werden. **Das Rezept** zum “Kümmerer”-Projekt des Herrn Sergej Gohrbandt, seines Zeichens SPD-Vorsitzender der Ortsgruppe Herrenhausen-Stöcken: **Man nehme dem JobCenter 42 Ein-Euro-Jobber ab, schwupp sind 5.460,- Euro je Monat in der Vereinskasse.** Selbstkosten ? Haben wir erst einmal keine. Seit März 2006 wurde kassiert und die Personenzahl stetig erhöht. Mit diesem problemlos aus dem JobCenter zufließenden “Reichtum” wurden zwei der ehemaligen Kümmerinnen fest eingestellt. Zwangszuweisungen aus dem JobCenter ? Das verleiht Macht und Verfügungsgewalt über diese Erwerbslosen. Die Mädels griffen hart durch. Die von ihnen beaufsichtigten Spielplatzkümmer/innen müssen jeweils 6 Stunden, an Wochenenden sogar 8 Stunden täglich, auch bei Regen, auch auf leeren Spielplätzen ausharren, bis diese Damen das “Betriebsende” verkünden. Abbruch bedeutet auch, dass es für den Rest des Tages für die Ein-Euro-Jobber kein Geld gibt. Da sich die Betreuer nicht als solche ausweisen können, wurden vereinzelt von der Polizei Platzverweise ausgesprochen, da nach der Nds. Spielplatzverordnung für Erwachsene ohne die Begleitung von Kindern ein Aufenthaltsverbot auf Spielplätzen besteht. T-Shirts mit der Aufschrift “Spielplatz Betreuer” sind schnell und kostengünstig zu beschaffen, für die Projektleitung wohl eine zu teure Angelegenheit. Das nebenstehend abgebildete “letzte Hemd” wurde als das einzige Legitimations-Zeichen für die Einsatzkräfte zu den “1-\$-Mehr-Jobs” Spielplatzkümmerern genutzt. Pro “4-Sklaven-Pulk” und je Spielplatz ist oft nur ein Hemd vorhanden. Zum Erhalt von noch mehr Ein-Euro Kräften hat Herr Sergej Gohrbandt einen weiteren Verein gegründet, erhielt auch umgehend vom JobCenter der Region Hannover “weitere persönliche Dienstkräfte”,



Das “letzte Hemd” ? Füllt es ARGE Taschen ?

obwohl noch keine Registergericht-Eintragung für diesen Verein bestand. Der “Bürgerverein SOZIAL AKTIV e.V.” hatte bei Zuweisung der Kräfte durch das JobCenter den Status “in Gründung”, Gemeinnützigkeit ist auch nicht erkennbar. Die erforderliche Gemeinnützigkeit scheint mit dem JobCenter “politisch ausgehandelt” zu sein. Das JobCenter verweigerte @lptrraum jegliche Auskunft zu diesen Vorgängen, nicht einmal allgemeine Anfragen zur Vergabepaxis zu Ein-Euro-Jobs wurden der Redaktion beantwortet. Auch in der Polizeiwache Nordstadt in der Bodestraße verweigerte der befragte Polizeibeamte Herr Fuhrmann jegliche Auskunft zu Platzverweisen gegen die Hainhölzer “Kümmerer”, verwies mit der Bemerkung: **“Ein-Euro Jobs seien mittlerweile ein Politikum”**, auf die Pressestelle der Polizei. 15 Minuten schwammige Antworten auf Fragen zu einfachen Sachverhalten. Eine neue Kultur des Nichtbeantwortens, trotz Informationsfreiheitsgesetz, trotz der Auskunftspflicht öffentlicher Einrichtungen und Behörden. Auskunftsrecht wäre für uns auch durch das Nds. Pressegesetz geboten. **Was treibt die ARGE, was wird denn vom JobCenter (stets im Verborgenen ?) zu den Ein-Euro-Maßnahmen ausgekungelt ?** SOZIAL AKTIV heißt hier: die Menschen werden nahezu wie Sklaven gehalten, erfüllen weitgehend den Zweck, Vereinskassen aufzufüllen. Taschengeld bei Anwesenheit, nur 1 Euro je Stunde. Der Vereinsvorstand verplapperte sich, sprach von Einnahmeüberschüssen,

welche zu anderen Vereinszwecken verwendet würden. **Fördermittel der BA sind zweckgebunden zu verwenden, dürfen nicht umgewidmet werden !** Für die 1-Euro-Jobber ist nur wenig investiert. **Toiletten gibt es nicht.** Wetterbekleidung nur vereinzelt. Ausweise gibt es nicht. Gut, dass auch der Verein “Ombudsman e.V. den Beschwerden von ehemaligen Kümmer/innen nachgeht, dazu auch die Staatsanwaltschaft eingeschaltet hat. Es wurde berichtet, dass die als Aufpasser beschäftigten Damen willkürlich die Aushändigung der vom JobCenter bezahlten Monatsfahrkarten verlangten, eine fristlose Kündigung aussprachen. Dieses nur mündlich und ohne eine vorherige Anhörung, ohne Verwarnung, ohne eine schriftliche Abmahnung der Betroffenen. **Im Feudalland der Sozias aus Stöcken-Herrenhausen geht das alles recht locker und ohne Wahrung von Arbeitnehmer-Rechten ?** Unter Missachtung aller Arbeitsschutzrechte, ohne Toiletten, ohne einen Unterstand bei Regen, ohne eine schützende Wetterbekleidung. “Einschüchtern und Abschieben” von Kritikern, so werden die Entlassungen gewertet. Zur Abhilfe der für die Schutzbefohlenen unmöglichen Bedingungen unternahm dieser Verein nichts. Erst das Einschalten der Presse, Besuche und Fragen auch von @lptrraum, führte zu einem Rausschmiss des Herrn Gohrbandt. Es führte zu einer Einladung der Betroffenen am 18.09.2006 um 11.00 Uhr in das JobCenter zu Herrn Arnold. Kleine Erleichterungen sind erreicht, auf grünem Papier ohne Foto steht “Ausweis”. Es wurde sogar von Freiwilligkeit gesprochen. Die groben Missstände sind jedoch nicht beseitigt. Mit Wechsel zu dem Parteigenossen Andreas Bergen darf mit SOZIALAKTIV weiterhin Kasse gemacht werden. Das erinnert an Viehzucht: Die Tröge bleiben, nur die Säue werden ausgetauscht. Der Vergleich hinkt. Vieh wird in der Regel geschlachtet, politische Entscheidungsträger hingegen tauchen ab. Wie lange werden die ARGE JobCenter noch abtauchen, Auskünfte verweigern ? Wir lassen uns nicht abschütteln, werden weiter nachfragen, berichten. (HaDe)

In der Region Hannover ab 10.12.2006 abermals Fahrpreiserhöhungen um 3,1%

Die Üstra - Alptrraum - Symbiose, eine weitere "Arbeitsprobe" ?

Mobilitätseingeschränkten Personen zu helfen, das ist ein neuer Service, den die Üstra AG unter Telefonnummer 0511 / 1668-0 anbietet. @lptrraum begleitet gerne die Üstra-Fahrgastbegleiter, auch bei freiwilligem Dienst in höchst verantwortlicher Tätigkeit, bei Abholung und Begleitung von mobilitätseingeschränkten Fahrgästen. Wie alle in der Öffentlichkeit gepriesenen Tätigkeiten, zu denen Ein-Euro-Jobber hinzugezogen werden, ist gegen diese Hilfestellung selbst nichts Negatives zu sagen. Volkswirtschaftlich betrachtet macht es jedoch wenig Sinn, wenn die Fahrdienste mit ihren dazu ausgebildeten Kräften ohne Aufträge



bleiben, weil Krankenversicherungen für ihre Versicherten den Fahrdienst nicht mehr finanziell übernehmen. Dass jetzt die Üstra AG und zudem noch kostenfrei einspringt, ist das **Nächstenliebe pur ?**

Die Üstra hat einen öffentlichen Beförderungsauftrag, hat für Barrierefreiheit zur Nutzung des Nahverkehrs zu sorgen. Wenn die begleitete junge Frau, nennen wir sie Katharina, nicht ihre eigene Rampe mitgebracht hätte, wir vier zum Zeitpunkt der Abholung begleitenden Männer hätten mit dem Gewicht des elektrischen Selbstfahrers unser Problem gehabt, hätten wohlmöglich noch stundenlang auf die nächste Ankunft einer "Silberpfeil"-Bahn warten müssen, welche auch Barrierefreiheit für Selbstfahrer ermöglicht. Haftungsfragen schossen mir durch den Kopf, als die wacklige Brücke durch das schräge Anfahren fast verfehlt wurde. (HaDe)

Hauptbahnhof privatisiert - Asphaltverkäufer ausgesperrt ?

Mehr als 10 Jahre konnte im Hbf Hannover Asphalt verkauft werden. Mit Schreiben vom 14. September 06 wurde von Herrn Stephan Watzlawik der HRG mbH & Co. Hannover Stadt KG ein Schlussstrich gezogen, einem dort angestammten Asphaltverkäufer urplötzlich die einzige Einkunftsquelle, sein Verkaufsplatz im Bahnhof verboten. Der Standort an der Drillings-Rolltreppe in der -1 Ebene sei baurechtlich als reiner Fluchtweg ausgewiesen, so die Argumentation. Asphalt wird bekanntlich aus der Hand verkauft. Eine Beeinträchtigung durch eine im Notfall selbst weglaufernde Person ist nicht gegeben. Auch wir betrachten das als ein vorgeschobenes Argument. Ein Ersatzplatz unter dem Parkhaus wurde

angeboten, des Weiteren und auch nur vorübergehend, ein Platz im Kröpcke-Center, Ebene -1. Das sind keine echten Alternativen, da diese Verkaufsplätze jeweils nur durch eine dauerhafte Präsenz der Asphaltverkäufer "erarbeitet" werden, eine Kundenbindung immer erst mühsam aufgebaut werden muss. Der Hinweis auf "bis zum regulären Baubeginn" zum Standort Kröpcke lässt, wie von Kritikern der Privatisierung immer wieder beklagt, mehr und mehr öffentlichen Bewegungsfreiraum für die Menschen im Stadtkern Hannovers verschwinden. Diese Gebiete, z.B. die ganze Passerelle, der Raschplatz sowie auch die Üstra-Ebenen sind bereits der Macht privater Gesellschaften unterstellt, die nach Belieben von ihrem

Hausrecht Gebrauch machen können. Heute wird der kleine Asphaltverkäufer vertrieben, morgen dürfen wohlmöglich auf dem Kröpcke keine Kundgebungen mehr angemeldet werden, wenn die Stadt Hannover auch diesen Bereich den Privaten unterstellt. Im Bahnhofsbereich gelten Menschen ohne gültigen Fahrausweis bereits offiziell als "Unkunden". Auf privatem Grund und Boden können beliebig Kameras aufgestellt werden, mit zunehmend amerikanischen Verhältnissen demnächst "Eindringlinge" wohl auch mit Waffengewalt vertrieben oder gar niedergestreckt werden? Der Begriff "privat", von dem auch das Wort "Privat" abgeleitet ist, bedeutet "rauben". **Stoppt Privatisierungsdiebe ! (HaDe)**

Kreishandwerkskammer: Der Frederich, der Frederich, das ist ein ?

@lptrraum ist es leid, auf Abhilfe durch Kontrollorgane zu warten. Bisher keine Bewegung der Kreishandwerkerschaft Hannover. Gegen den städtischen Stützpunkt Hölderlinstraße 6 ist immer noch nicht eingeschritten worden, obwohl der unrechtmäßige Einsatz von Ein-Euro-Jobbern als Maler und als Pflasterer, als ein Verstoß gegen die Handwerksordnung bereits im November 2005 angezeigt wurde. Die "hö" als Maßnahmeträger verstößt dauerhaft gegen die Handwerksordnung. Es sind z.B. derzeit keine Handwerksmeister zu den ausgeübten Gewerken als verantwortliche Fachkräfte in die Handwerksrolle eingetragen. Laut

einem internem Papier der Stadtverwaltung sind zwischen "hö" und der ZVK, der städtischen Zusatzversorgungskasse, bereits über 200 Aufträge zu Sanierung und zu laufenden Instandhaltungen auf Grundstücken der ZVK abgewickelt worden. **Warum, Herr Upphoff, Herr Schröter, von der Malerinnung, warum Herr Fredrich von der Kreishandwerkskammer Hannover, handeln sie nicht im Interesse Ihrer Pflichtbeitrag zahlenden Handwerker. Müssen wir erst Sie selbst wegen der Vereitelung von Strafmaßnahmen anzeigen? Die KHK Halle und auch andere als Kontrollorgane der JobCenter tätige Kammern setzen sich**

konsequenter für ihre Klientel ein, haben auch bereits mehrfach Verbote von Trägereinrichtungen erwirkt, die im Handwerksbereich mit Billigkräften wildern. Gehen Sie in endlich in Rente, wenn Sie mit der Prüfung überfordert sind. Der Verein SOZIAL AKTIV hat Herrn Gohrbandt auch als überfordert erkannt und "in die Wüste" verbannt. Den Begehrlichkeiten der sozial-schmarotzenden Maßnahmeträger kann nur dadurch entgegengetreten werden, wenn die Vergabepaxis zu Ein-Euro-Job-Maßnahmen einer öffentlichen Kontrolle unterstellt wird. **@lptrraum wird, mit parlamentarischer Unterstützung, weiter aufdecken. (Alp)**

"Ombudsman e.V." bittet Staatsanwaltschaft Hannover um Eingreifen

Endlich einmal Tacheles:
Der Schutzverein für Geringverdiener,

"Ombudsman e.V.", schaltet zur Klärung des Missbrauchs von 1-Euro-Job-

bern durch den Trägerverein SOZIAL AKTIV die Staatsanwaltschaft ein. (Alp)

ARM TROTZ ARBEIT ? - kein Lohn unter 7,50 € pro Std.: www.mindestlohn.de

@lptraum - Buchtipp im Oktober: "Der Deutschland Clan" von Dr. Jürgen Roth

Das skrupellose Netzwerk aus Politikern, Top-Managern und Justiz. Organisierte Kriminalität auf höchster Ebene: Deutschland im Griff einer korrupten Elite.

- Würde Silvio Berlusconi Nachhilfe in Sachen mafiöser Strukturen brauchen, müsste er nach Deutschland kommen. Da werden Flugreisen von Politikern wie Johannes Rau oder Wolfgang Clement von der WestLB bezahlt, während man Zeugen der Flüge mundtot machen will; ist das Scheffeln von Millionen Euro durch Förderung der Korruption in Konzernen wie Dresdner Bank oder DaimlerChrysler mittlerweile an der Tagesordnung; werden Anleger eines Versicherungskonzerns um Millionen betrogen, und nicht nur ein ehemaliger Verteidigungsminister ist involviert, sondern auch die Justiz schaut nur zu. Wer wen erpresst, wer die Drahtzieher anrühiger Deals sind und warum die Justiz nicht ermittelt:



Autor Jürgen Roth* zeigt in seinem neuen Buch, wie ein engmaschiges und für die Beteiligten äußerst profitable

Netzwerk aus hochrangigen Politikern, führenden Konzernchefs und toleranten Justizbehörden die Deutschland AG mit Methoden beherrscht, die eines Rechtsstaats unwürdig sind...

Das Buch enthüllt anhand bisher unbekannter Dokumente Gaunerkartelle, Korruptionsaffären, Verstrickungen von Ministern, Top-Managern und Justiz.

Eichborn Verlag TOP*10, Mai 2006, ISBN 3-8218-56130, 256 Seiten.

Kriminell für ALG-II-er ist leider auch der Preis: 19,90 Euro (ErSt)

Infos: www.eichborn-verlag.de oder vom Autor: www.juergen-roth.com

*) Anmerkung der @lptraum-Redaktion: Den Autor Dr. Jürgen Roth, bitte nicht verwechseln mit Prof. Rainer Roth aus Frankfurt, Autor von "Das Kartenhaus" und "Nebensache Mensch".

Mehr über "Filz & Co." der Deutschland AG siehe auch: www.bohrwurm.net (Alp)

Vorsicht Kamera: Big Brother is watching you !

"Die Videoüberwachung wird ausgedehnt. Das betrifft sowohl die Zeit als auch die Aufbewahrung der Videos als auch die Anzahl der Videogeräte auf den Bahnhöfen."

Deutsche-Bahn-Vorstandsmitglied Otto Wiesheu (DB)

"Ich will nicht in einem Staat leben, in dem man auf Schritt und Tritt von Videokameras überwacht wird."

Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann (SPD) zu einer möglichen Ausweitung der Videoüberwachung ...

Kommunistenschwein & Kapitalistensau ?

"Wir haben im Berliner Senat gezeigt, dass wir den Kapitalismus besser verwalten können als andere."

Petra Pau,

L.PDS, Ex-Pionierleiterin, Bundestagsvizepräsidentin

"Ich freue mich, ein wenig Arzt am Krankenbett des Kapitalismus sein zu dürfen."

Stefan Liebich,

Berliner L.PDS-Fraktionschef

Hurra, unser Doc M. Sommer ist wieder da:

"Beide haben gute Arbeit geleistet und die Bundesagentur in schwierigen Zeiten in ruhiges Fahrwasser geführt."

DGB-Vorsitzender Michael Sommer zur Wiederwahl des BA-Führungsduo Frank-Jürgen Weise und Heinrich Alt ...

(Quelle: DGB-Pressemitteilung 103)

(ErSt)

CSU-General Söder schafft's noch blöder ?

"Es gibt für Hartz-IV-Empfänger einen Urlaubsanspruch. Das geht nicht"

CSU-Generalsekretär Markus Söder

will den Langzeitarbeitslosen

auch den Urlaub streichen.

(Alp)

Abermals ein Sieg ! - Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt !

Das Hamburger Sozialgericht hat Willkürentscheidungen von JobCentern erst einmal einen Riegel vorgeschoben. Die 52. Kammer entschied vergangene Woche, dass der per Eilantrag eingelegte Widerspruch gegen Kürzungen beim Arbeitslosengeld II (ALG II) aufschiebende Wirkung hat.

Dem Kläger wurde Prozesskostenhilfe bewilligt. (AZ S 56AS 1765/06 ER) Seit Einführung der Hartz-IV-Gesetze sind Erwerbslose zum Abschluss von sogenannten Eingliederungsvereinbarungen mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) verpflichtet. Darin werden sie entweder zu Ein-Euro-Jobs oder zur Teilnahme an anderen Maßnahmen zwangsverpflichtet, oder es werden Ei-

genbemühungen und Verpflichtungen zur Jobsuche festgelegt. Kommt eine solche Vereinbarung nicht zustande, kann die Behörde einseitig Bedingungen diktieren. **Erwerbslose sind dabei häufig der Willkür ihrer Fallmanager ausgesetzt, die saftige Kürzungen des ALG II verhängen können, wenn die Vereinbarung nicht eingehalten wird oder werden kann. Widerspruch dagegen wurde bisher nicht anerkannt. Diese Praxis ist laut Gerichtsbeschluss aber rechtswidrig.** Opfer eines solchen Verwaltungsaktes wurde ein Kunde, weil er die Zustimmung zu einer ihm vorgelegten Eingliederungsvereinbarung verweigert hatte. Der Mann erhob Widerspruch, die BA be-

stand auf ihren Zwangsmaßnahmen. Falls er nicht nachgebe, werde das ALG II um 30 % gekürzt. Das Gericht berief sich auf einschlägige Vorschriften des Sozialgerichtsgesetzes (SGG). **Demnach entfalle zwar die aufschiebende Wirkung eines Widerspruchs, wenn es um Leistungskürzungen gehe. Das gelte aber nicht bei den Eingliederungsvereinbarungen, bei denen der Widerspruch eines Betroffenen bis zur Klärung vor Gericht deren Inkrafttreten verhindere.** Leistungskürzungen, die sich auf angebliche oder tatsächliche Pflichtverletzungen beziehen, könnten in einem solchen Fall nicht umgesetzt werden. **Widerstand lohnt sich !** (Erst)

DGB-Demo in Berlin, Sa. 21.10.2006 - Abfahrt der Busse 6.45 Uhr Klagesmarkt

@l p t r a u m

kostenlose Hannoversche Zeitung gegen Sozialabbau

Oktober - 2006

Unabhängig und absolut parteiisch

Jahrgang 2, Ausgabe 10

+++ lokal und aktuell +++

Mitstreiter findet ihr hier:

Montags - Demo - Hannover

Montags von 18.00 Uhr bis 19.00 Uhr
Offenes Mikrofon für jederman/frau & Kundgebung
Innenstadt, Nähe Kröpcke-Uhr / Schiller-Denkmal
"Aufstehen gegen den Sozialkahlschlag!"



Projektgruppe "Agenda 2010 kippen"

Derzeit keine regelmäßige Treffen!

Treffpunkt im Industriefarramt des KDA
wegen Umzugs zurzeit nicht möglich.
E-Mail: info@gegen-sozialabbau.de

KDA ist
umgezogen

IG Metall-Erwerbslosenausschuss

Jeden 1. Mittwoch im Monat 10.00 Uhr
IG Metall-Haus, Postkamp 12, 30159 Hannover

ver.di-Erwerbslosenausschuss Hannover

Jeden 1. Mittwoch im Monat 15.00 Uhr - 18.00 Uhr
in der Rotation, ver.di-Höfe, Haus C
Goseriede 10, 30159 Hannover (Üstra-Linie 10+17)
ver.di - ELO im Bezirk Hannover Leine-Weser
E-Mail: Erwerbslose.verdi-Hannover@web.de

erzählcafé bürgerinitiative gartenhaus

Mittwochs ab 16.00 Uhr, Am Judenkirchhof 11c,
30167 Hannover-Nordstadt, Tel. 0173-7865348
in Zusammenarbeit mit "querkunst hannover"
E-Mail: wulf.huehn@querkunst-hannover.de

Arbeitslosenselbsthilfe-Frühstück (Sill e.V.)

Mittwochs ab 11.00 Uhr, Telefon 0511 / 44 40 19
Sozialinitiative Linden-Limmer (Ex-PDS)
Mo. - Fr. 15.00 Uhr - 20.00 Uhr geöffnet
Stärkestraße 19a/Nähe Faust e.V., 30451 Hannover

Arbeitskreis Arbeitslose Linden

Donnerstags 10.00 Uhr - 12.30 Uhr
im Freizeithaus Linden (Raum U5)
Fred-Grube-Platz 1, 30451 Hannover
E-Mail: info@arbeitslosenkreis-linden.de

... und im Anschluss in's "Café Net(t)"

Limmerstraße 5 / Küchengarten (Üstra-Linie 10+700)

Eure lokalen Termine werden hier abgedruckt, wenn
Ihr sie uns rechtzeitig, z.B. per E-Mail zusendet.



mailto: info@gegen-sozialabbau.de

Die hier zu veröffentlichenden Termine sollten aber
immer einen Bezug zum Thema Sozialgesetze oder
Erwerbslosigkeit haben!

Jetzt reicht's! **Politiker, die uns plagen,
werden wir verjagen!** Jetzt reicht's!



www.gegen-sozialabbau.de www.alptraum.org



+++ Termine im Oktober +++

+++ Termine +++ Termine +++

@lptraum - Termine im Oktober:

Sonntag, 1. Oktober 2006, 639 Tage Hartz IV
Helmut Kohl wird am 1. Okt. 1982 in einem konstruktiven
Misstrauensvotum zum CDU-Bundeskanzler gewählt ...

Montag, 2. Oktober 2006, ca. 8.30 - 12.00 Uhr
5. Glücksrad-Aktion: Verlosung von GVH-Tages-Tickets
am JobCenter Freundallee 11, 30173 Hannover (Südost)
Mobilität für Erwerbslose: www.arbeitslosenkreis-linden.de
Initiative für ein Sozialticket Hannover: www.alptraum.org

Di., 3. Okt. 2006, Tag der deutschen Einheit
1990: DDR-Grenzöffnung vor 16 Jahren "Wir sind ein Volk!"
Weitere Infos siehe unter: www.bundesregierung.de

Mi., 4. Okt. bis Sa., 7. Okt. 2006, um 20.00 Uhr
Kabarett mit Martin Buchholz "Dialekt mich am Patriarschl!"
TAK - Theater am Küchengarten, Karten: 0511 - 44 55 62,
Am Küchengarten 3-5, 30449 Hannover-Linden, erm.13,- €
Infos: www.tak-hannover.de oder www.martin-buchholz.de

Sonntag, 8. Oktober 2006, 11.00 - 17.00 Uhr
2. Hannoversche Freiwilligenbörse: Hannover braucht DICH
Orangerie Herrenhausen, Netzwerk Bürgermitwirkung und
Freiwilligenzentrum Hannover (im üstra Service Center City)
Tel. 0511 - 300 344-6, Infos: www.freiwilling-in-hannover.de

Dienstag, 10. Oktober 2006, 17.30 - 19.30 Uhr
After Work Bildung 2006: Wingwave - Coaching (kostenlos)
Ein neues Verfahren zum Stressabbau - "Rotation" - D 100,
ver.di-Höfe, Goseriede 10, 30159 Hannover, Tel. 12400400

Damals vor 25 Jahren, ... anno 10. Okt. 1981:
In der Ex-Bundeshauptstadt Bonn findet mit 300.000 Teil-
nehmern die bislang größte Friedensdemonstration gegen
den NATO-Doppelbeschluss in der BRD-Geschichte statt:
"Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen!"

Samstag, 21. Oktober 2006, DGB-Aktionstag:
Regionale Demo- & Kundgebungsorte sind voraussichtlich
Berlin, Dortmund, München, Stuttgart und Frankfurt...
Für die soziale Erneuerung Deutschlands.
Abfahrt der Busse nach Berlin: 6.45 Uhr ab Klagesmarkt
Kostenlos! - Bitte anmelden Tel. 0511 / 163 87 - 0
Das geht besser. Aber nicht von allein! - Info: www.dgb.de

Fr., 27. Okt. + Sa., 28. Okt. 2006, um 20.30 Uhr
Vor 70 Jahren: Der Spanische Bürgerkrieg und die Folgen
"Der Krieg ist vorbei" (La Guerre est finie) Alain Resnais,
Frankreich/Schweden 1966, 121 min., O.m.d.U., 4,- €uro
Kino im Sprengel, Klaus-Müller-Kilian-Weg 1, 30167 Hannover

Damals vor 101 Jahren, ... anno 31. Okt. 1905:
Angesichts der winterlichen Verhältnisse in Deutschland steigt
die Zahl der Diebstähle sprunghaft. Ziel der meist stümperhaft
vorgehenden Diebe ist es, verhaftet und eingesperrt zu werden,
um nicht zu verhungern. - Und 2006 nach 22 Monaten Hartz IV:

**Laut Regelsatz stehen ALG-II- und Sozialgeld-Empfängern
monatlich 4,63 €uro für "Freizeit & Kultur" zur Verfügung!
Der Mobilitätsanteil beträgt 19,- €uro für den BG-Vorstand.**

Ausgelesen? - War es informativ? - Dann doch bitte an weitere Interessierte weiter geben!